

Moin, Moin!



Nun bist du in der Universität Hamburg angekommen und Teil der Verfassten Studierendenschaft. Aber was bedeutet das? Vor allem: Freiheit, Selbst(er)findung und gesellschaftliche Handlungsfähigkeit zusammen mit deinen Kommiliton*innen!

Mitunter wohnst du nicht mehr zu Hause und kannst nun selbstständig deinen Alltag organisieren. Diese positiven Erwartungen sollen durch vermeintliche Zwänge wie z.B. die Regelstudienzeit eingeschränkt werden. Lass dich davon jedoch nicht einschüchtern: Regelstudienzeit ist lediglich die Garantie des möglichen Abschlusses des Studiums innerhalb einer bestimmten Zeit. Das bedeutet jedoch nicht, dass wir in der Zeit unser Studium abgeschlossen haben müssen. Warum dann das BAföG nur für der Regelstudienzeit bewilligt wird, ist eine andere Frage!

Gerade der Beginn des Studiums ist voll aufgeladen mit Erwartungen. Aber zuerst: Was erwartest du von der Universität, dem Studium und dem Campusleben? Bessere Aussichten auf einen gut bezahlten Job, das Interesse an der wissenschaftlichen Disziplin oder der Antrieb, die Probleme der

Welt zu lösen?

Dir wird schnell auffallen, dass du nicht alleine bist mit aufkommenden Schwierigkeiten und Stressfaktoren - und es zeigt sich, dass man diesen gemeinsam an allen Ecken der Universität mit kritischer Perspektive begegnen muss. Als Institution bietet

dir hierbei z.B. das Studierendenwerk Unterstützung an, etwa durch eine mögliche Finanzierung des Studiums (BAföG) oder eine Wohnung. Es versorgt dich in den Mensen und Cafés mit erschwinglichem Essen.

Gut ist, dass die Universität demokratisch organisiert ist, du also mitgestaltender Teil der universitären Gemeinschaft bist. Einerseits durch Wahlen, da die Universität im Gegensatz zu einem Unternehmen demokratische Strukturen besitzt (mehr auf S. 14) und andererseits durch direkte Mitarbeit.

Vielleicht hast du bereits deinen Fachschaftsrat in der OE kennengelernt, der dich bei Fragen unterstützt und in dem du gemeinsam mit anderen Studierenden für Verbesserungen in deinem Fachbereich kämpfen kannst. Ferner kannst du dich im Fakultätsrat



Kutte:
„Willkommen an der Uni!“

oder auf gesamtuniversitärer Ebene für die Interessen der Studierenden stark machen. Dort bist du gemeinsam mit deinen Kommiliton*innen aus deinem Fach ebenso wie mit Studierenden anderer Fachrichtungen mit den gleichen politischen Zielen.

Um diese Ziele an der Universität gemeinsam umsetzen zu können, gibt es studentische Zusammenschlüsse (Listen) - wie wir eine sind (CampusGrün stellt sich vor S. 5).

Als ein solcher studentischer Zusammenschluss arbeiten wir daran, Ansprüche des freien und interessegeleiteten Lernens

und Verbesserung der Studienbedingungen durchzusetzen (mehr im Kapitel Studienreform S. 13). So wurde in diesem Jahr z.B. als erster Schritt in Richtung eines solidarischen, eingreifenden Studiums eine Rahmenprüfungsordnung für alle Studiengänge der Universität beschlossen.

Die Universität ist Teil der Gesellschaft und trägt als Akteurin Mitverantwortung über ihre Entwicklung. Mit dieser Prämisse stellen sich die Fragen, ob Rüstungsforschung betrieben und gelehrt werden sollte - oder ist eine Zivilklausel für die Stadt und den

Hamburger Hafen sowie Friedensforschung umzusetzen? Sind die G20 die Problemlöser*innen unserer Zeit oder hebeln sie den Grundgedanken der Vereinten Nationen aus?

Wie kritisch muss Wissenschaft sein, damit sie in solchen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen Position beziehen und eingreifen kann (Kritische Wissenschaft, S. 11)?

Wie können wir uns gemeinsam für eine Ausfinanzierung aller öffentlichen Bereiche einsetzen, so dass die demokratische Gestaltung einer nachhaltigen Welt realisiert werden kann (S. 16)?

Die Universität ist ein Ort, an dem gesellschaftliche Verhältnisse in Frage gestellt und Verbesserungen für alle erwirkt werden. Mit den nächsten Seiten möchten wir euch an den momentan anstehenden, notwendigen Auseinandersetzungen teilhaben lassen. Es gibt viel zu tun - jede*r hat dafür Bedeutung! Wo ihr euch konkret einbringen könnt, seht ihr in unter „Termine“ (S. 19).



Laura:

„Links-grüne Politik an der UHH - macht mit!“

CampusGrün stellt sich vor



Wir von CampusGrün sind eine Gruppe von Studis, die sich gemeinsam für eine demokratische Hochschule, ein interessengeleitetes Studium und die positive Bewältigung gesellschaftlicher Probleme einsetzen. Der Idee von Studium als reiner Berufsvorbereitung und blinder Büffelei erteilen wir eine Absage – denn Forschung und Bildung stehen in der Verantwortung, Perspektiven für eine andere, eine bessere Welt zu eröffnen und durchzusetzen.

Wir sind Menschen aus verschiedenen Fachbereichen mit unterschiedlichen politischen Schwerpunkten, die als Gruppe versuchen, Hochschule und Gesellschaft im Positiven zu verändern. Dafür treten wir u.a. zu den Wahlen zum Studierendenparlament und zum Akademischen Senat an und bringen uns kritisch und konstruktiv ein. So sind wir seit 2008 im Studierendenparlament vertreten und stellen dort seit einigen Jahren die größte Fraktion. Wir setzten uns für einen links-grünen Allgemeinen Studierendenausschusses (AstA) ein, der die Interessen der Studierenden gegenüber Uni, Stadt und Öffentlichkeit vertritt und die Aufgabe hat, die vielfältigen studentischen Aktivitäten, die es an unserer Uni gibt, zusammenzuführen.



Gruppenbild:
StuPa-Wahl-
Auszählung
Januar 2018

Mit vielen anderen Studierenden, Hochschulgruppen, politischen Listen und Initiativen arbeiten wir daran, dass eine demokratische, ökologische und soziale Gesellschaft ein Stück weit mehr verwirklicht werden kann. Um dieses Ziel zu erreichen, ist Bildung der Schlüssel: Kritikfähigkeit und der Wille, das gemeinsame Lebensum-

feld argumentativ positiv-solidarisch zu gestalten, ermöglichen es, gesellschaftliche Missstände zu erkennen und eine demokratische Alternative zu leben. Nur so können Rassismus, Sexismus, Antisemitismus, Muslim*innenfeindlichkeit - und all die menschenverachtenden und irrationalen Diskriminierungsformen, mit denen wir auch auf dem Campus noch alltäglich konfrontiert sind, beendet werden.

Wichtig ist uns bei unserem Engagement, dass wir die Uni und so auch die Gesellschaft als veränderbaren Ort verstehen, den wir – gemeinsam mit den unzähligen Aktiven, die sich hier tagtäglich einbringen – gestalten. Es ist nicht sinnvoll, unsere Zeit damit zu verbringen, vorgegebene Lehrpläne abzuarbeiten und auf Prüfungen hin zu pauken! Stattdessen müssen wir uns kritisch einbringen, selbst Schwer-

punkte setzen und somit die gemeinsamen Handlungsmöglichkeiten erweitern.

So haben wir uns im vergangenen Jahr beispielsweise mit einer Unterschriften- und Diskussionskampagne für die Absage des Treffens der G20-Staaten eingesetzt und ein Themensemester mitorganisiert, das sich mit den wirklich relevanten Fragen der notwendigen internationalen Zusammenarbeit aller Länder, wie beispielsweise der Verbesserung der Lebensbedingungen für alle Menschen, auseinandersetzt.

Im Moment beschäftigen wir uns vor allem mit der Studierenreform, um die Bedingungen des Studiums zu reformieren und eine umfassende Bildung in einem egalitären Verhältnis zwischen Lehrenden und Lernenden zu ermöglichen. Außerdem setzen wir uns im Ausschuss für Lehre und Studium gegen eine Fortführung von Wettbewerben wie der Exzellenzstrategie ein, weil wir davon überzeugt sind, dass nur über eine Ausfinanzierung der Universität die Freiheit von Lehre und Forschung gewährleistet werden kann und nicht in geschürter Konkurrenz zwischen allen Wissenschaftler*innen.

Im Gleichstellungsausschuss haben wir uns insbesondere für die Berücksichtigung von Trans*- und Inter*-Personen eingesetzt.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt in unserem Engagement für eine nachhaltige Universität, weshalb wir uns beispielsweise im Akademischen Senat für die Umsetzung der Sustainable Development Goals einsetzen.

Auch in Zukunft werden wir uns weiterhin für eine nachhaltige, emanzipatorische Universitätsentwicklung einsetzen und die Veränderungen in der Universität durch kritische Projekte und Veranstaltungen vorantreiben.

Sich zusammenzutun und aus der Konsument*innenhaltung auszubrechen, die einem vielerorts nahegelegt wird, macht große Freude – wir konnten in den letzten Jahren viele Fortschritte erzielen und erkennen, dass Engagement wirkt!



Felix:

„Mitbestimmung an der Uni ist möglich!“



Geschafft – endlich an der Uni angekommen! Dass sich dieses Gefühl in der Orientierungswoche einstellt, ist nicht unbegründet. Noch immer werden Studienplätze entgegen der staatlichen Möglichkeiten knapp gehalten und mehr denn je hängt die Möglichkeit, ein Studium aufnehmen zu können zum großen Teil vom Elternhaus ab. So beginnen nur 29% der Arbeiter*innenkinder ein Studium, während sich 79% der Kinder von Akademiker*innen einschreiben. Das liegt auch daran, dass die Eltern mit großem Abstand die wichtigste Finanzierungsquelle für Studierende sind – Tendenz steigend. Das geht aus der 21. Sozialerhebung des Studierendenwerks hervor, welche die soziale Lage von Studierenden beleuchtet.

Die aktuellen Bedingungen führen dazu, dass nicht alle frei das Studium und die Ausbildungsstätte wählen können. Das Grundrecht auf Bildung und freie Berufswahl wird also eingeschränkt.

Für ein freies und selbstbestimmtes Studium zur kritischen Bildung braucht es soziale Rahmenbedingungen, die ein solches Studium ermöglichen. Unsere Sozialpolitik zielt darauf, das Recht auf Bildung zu entprivatisieren und durch eine umfassende, öffentlich finanzierte Verbesserung der sozialen Lage von Studierenden unabhängig vom sozialen Status zugänglich zu ma-

chen. Nur durch die Überwindung von sozialer Prekarität und Kostendruck kann Studieren als gesellschaftsverantwortliche Tätigkeit gestaltet werden!

Das Gute ist, dass die Voraussetzungen dafür schon längst da sind. Gerade in Hamburg zeigt sich der gesamtgesellschaftlich erwirtschaftete Reichtum besonders stark. Gemeinsam sind wir dafür aktiv, diesen Reichtum durch eine Überwindung der Austeritätspolitik und eine echte Umverteilung der Allgemeinheit zu Gute kommen zu lassen – und damit eine gute soziale Lage für alle, die studieren wollen, zu ermöglichen!

Mit dem Studierendenwerk ist dieser Anspruch institutionalisiert worden. Dessen Auftrag ist es, die sozialen Belange der Studierenden zu fördern. Daher ist das Studierendenwerk auch selbstverwaltet, d.h. wir als Studierendenschaft(en) entscheiden maßgeblich selbst, wie sich das Studierendenwerk entwickeln soll. Dies tun wir vor allem in der Vertreter*innenversammlung – dem demokratischen Herzstück des Hamburger Studierendenwerks –, welche paritätisch von Studierenden und Präsidien der Mitgliedshochschulen besetzt ist. Aber auch in den anderen Gremien wie z.B. dem Aufsichtsrat, dem Wohnheim- und dem Mensabe-

rat sind wir aktiv. Das Studierendenwerk ist sowohl in den Bereichen Wohnen und Essen, „Studieren mit Kind“, Beratung und Studienfinanzierung in Verantwortung – es ist also von zentraler Bedeutung für gute Rahmenbedingungen für ein freies Studium!

Zur Realisierung dieses Auftrags braucht das Studierendenwerk die entsprechende finanzielle Ausstattung. Und dafür kämpfen wir gemeinsam mit dem Studierendenwerk, denn seit dem Hamburger Senat aus CDU, FDP und Schill-Partei (2001-2004) wurden die finanziellen Zuwendungen der Stadt an das Studierendenwerk von (bereits viel zu niedrigen) 5 Mio. € auf circa 1,4 Mio. € zusammengekürzt und unter dem Verweis auf die „Schuldenbremse“ eingefroren. Es ist nicht länger hinzunehmen, dass der Senat seine Austeritätspolitik in die privaten Taschen von uns Studierenden umlagert, indem die fehlende finanzielle Ausstattung durch eine Erhöhung der Mensa- und Wohnheimpreise und eine Verdreifachung des Semesterbeitrags seit WiSe 2004/05 kompensiert wird.

Wir stehen vor der Herausforderung, die vom Studierendenwerk geteilte

Ablehnung der Kürzungspolitik auch in politisches Handeln zu überführen. Es gehört zum Kern der Wahrnehmung des Sozialauftrags des Studierendenwerks, für adäquate Bedingungen einzustehen. Nur so können wir gemeinsam eine nachhaltige Verbesserung der sozialen Lage erkämpfen!

Studienfinanzierung

Ein Drittel von uns Hamburger Studierenden müssen pro Monat mit weniger als 850 € auskommen und leben damit offiziell unterhalb der Armutsgrenze. Gleichzeitig verstärkt die finanzielle Prekariät die Abhängigkeit vom Elternhaus, auf



Lena:

„Studieren braucht gute Rahmenbedingungen!“

dessen finanzielle Förderung 84% der Durchschnittsstudierenden angewiesen sind. Mittel aus dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) kommen überhaupt nur noch etwa einem Sechstel aller Studierenden zu Gute. Die Folge ist ein enormer Druck neben dem Studium einer Erwerbsarbeit nachzugehen. 79% der Hamburger Studis arbeiten gegen Lohn und das im Schnitt 9,4 Stunden pro Woche. Für uns ist klar, dass ein Studium niemals davon abhängen darf, wer aus welchem Elternhaus kommt. Damit das nicht länger der Fall ist, muss das BAföG – wie zu Gründungszeiten ge-



dacht – zentrales Instrument der Studienfinanzierung werden. Dafür muss es allen Studierenden restriktionslos und elternunabhängig als Vollzuschuss gewährt werden!

Fünf Prozent der Studierenden werden durch ein Stipendium gefördert. Auch hier ist der Selektionsdruck enorm, was deutlich macht, wie dringend das BAföG reformiert werden muss. Die verbesserten Bedingungen nach einer erfolgreichen Bewerbung sind am besten dafür genutzt, gute Studienbedingungen für alle durchzusetzen.

Wohnen

Zu einer guten sozialen Grundlage für ein Studium gehört guter, bezahlbarer Wohnraum. Die Miete bleibt der größte Ausgabenposten für uns Studis und gerade die Hansestadt liegt mit durchschnittlich 374€ für Miete im bundesweiten Vergleich an der Spitze. Selbst für einen Platz in einem Wohnheim des Hamburger Studierendenwerks müssen im Schnitt 293 € aufgewendet werden, obwohl die Wohnpauschale im BAföG nur 250 € vorsieht.

Wir kämpfen dafür, dass allen Menschen der Zugang zu günstigem Wohnraum ermöglicht wird. Dafür bedarf es

nicht nur des Ausbaus von staatlich geförderten Wohnheimen, sondern auch

des Ausbaus von sozialem Wohnraum insgesamt. Der Staat muss dem Privatisierungstrend durch die Schaffung von neuen Wohnmöglichkeiten begegnen.

Dabei sehen wir Studierende nicht in Konkurrenz zu anderen Gruppen – guten und bezahlbaren Wohnraum muss es für alle geben!

Ernährung

Hamburg ist mit durchschnittlich 189€ monatlich für Ernährung bundesweit am teuersten. Eine gute, nachhaltig produzierte Ernährung muss allen zu sozialverträglichen Preisen zugänglich sein. Hierfür müssen die Mensapreiserhöhungen der letzten Jahre zurückgedreht werden. Der Zugang zu Mensen oder zumindest zu Cafés des Studierendenwerks soll von allen Unistandorten gewährleistet sein. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass das Essensangebot nach ökologisch nachhaltigen Maßstäben gestaltet wird und besonders der Bereich der vegetarischen/veganen Gerichte weiter ausgebaut wird. Dabei ist für uns klar, dass Kostensteigerungen nicht auf die Studierenden umgelegt, sondern vom Senat durch eine ausrei-



Armin:

„Das gute Leben für alle erkämpfen!“

chende Finanzierung des Studierendenwerks getragen werden müssen.

Der Freiraum Café Knallhart bietet politischen Gruppen die Möglichkeit mit vegetarisch/veganes Essen im Rahmen von Solischichten Spenden zu sammeln: knallhart.blogspot.de

Studieren mit Kind

Wir setzen uns für bessere Bedingungen für ein Studium mit Kind(ern) ein, um ein Studium in jeder Lebenslage zu ermöglichen.

Auch deswegen kämpfen wir für restriktionsfreies Studium und eine Entsprechung für studentische Eltern im BAföG. Darüber hinaus müssen ausreichend Plätze für eine kostenlose Ganztagsbetreuung in Hochschulnähe zur Verfügung stehen.

Beratungsmöglichkeiten

Egal ob man mal die Frist verpasst, keinen Masterplatz bekommt, Lohnarbeit und Studium nicht gleichzeitig bewältigt bekommt oder Burnout-Erscheinungen bekommt – all diese Probleme werden den jeweils einzelnen als individuelles Versagen angelastet. Dabei handelt es sich um strukturelle Probleme einer restriktiven Studienorganisation und der prekären finanziellen Lage. Um dies als soziale Proble-

me anzugehen, müssen wir anfangen, darüber zu sprechen, was uns einschränkt, Angst und Druck macht und gemeinsam eine politische Perspektive der Überwindung dieser Ursachen erarbeiten.

Beratungsinstitutionen haben unserer

Auffassung nach die Verantwortung, in genau diesem Sinne zu arbeiten, um emanzipatorisch zu wirken und eben keinen Optimierung- und Anpassungsdruck zu

reproduzieren.

Informationen zum BAföG inklusive einer Anleitung und der studentischen Beratung; zu Stipendien; zu Wohnheimen; zum Wohnberechtigungsschein und Wohngeld; dem Mensaessen (auch via App) und Foodsharing; Studieren mit Kind und beitragsfreier Kinderbetreuung; sowie Beratungsmöglichkeiten für verschiedenste Probleme haben wir für euch online zusammengestellt unter campusgruen.org/Themen/Soziales – informiert euch über eure Rechte und Möglichkeiten!!



Meike:

„Stellen wir Mensch und Natur in den Mittelpunkt!“

Kritische Wissenschaft



Klimawandel und Ozeanversauerung als Symptome der ökologischen Krise, 795 Millionen an Hunger leidende Menschen weltweit und 68,5 Millionen vor menschenunwürdigen Verhältnissen Flüchtende verdeutlichen die Notwendigkeit einer sozial, ökologisch und wirtschaftlich nachhaltigen Welt. Deren Realisierung ist gemessen am gesamtgesellschaftlich produzierten Reichtum längst möglich und daher überfällig. Wissenschaft hat dann eine Berechtigung, wenn sie, wie es als universitäre Aufgabe auch im Leitbild der UHH gefasst ist, „zur Entwicklung einer humanen, demokratischen und

gerechten Gesellschaft“ beiträgt. Sie muss sich damit beschäftigen, wie die Gestaltung allgegenwärtiger Verhältnisse gelingt und gegen die Interessen derjenigen, die von Mensch und Natur ausbeutenden Verhältnissen profitieren, durchgesetzt werden kann. Hierfür ist es von grundlegender Bedeutung, sich selbst als gestaltenden Teil der gesellschaftlichen Verhältnisse zu verstehen, denn Verhältnisse müssen immer in ihrer Historizität begriffen werden: Sie sind menschengemacht und deshalb grundsätzlich veränderbar. Wissenschaft ist politisch und versteht sich explizit so: Sie greift

in gesellschaftliche Entwicklung ein, bezieht Position.

In diesem Sinne ist die Orientierung von Forschung und Lehre an den Sustainable Development Goals (SDG) der Vereinten Nationen richtig. Aufbauend auf diesen Zielen erforschen einige inneruniversitäre Einrichtungen beispielsweise Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und deren Umsetzung (SDG 13) oder erarbeiten

Konzepte der Inklusion (SDG 4). Das Streben, mit der eigenen Forschung drängende gesellschaftliche Probleme zu lösen und so zu Weltverbesserung beizutragen,

muss verallgemeinert und in der ganzen Uni verankert werden.

Eine solche kritische Wissenschaft für den Menschen soll durch staatlich hergestellte Unterfinanzierung zurückgedrängt werden. Künstlich verknappte Mittel sind der Versuch, Orientierung an wirtschaftlichen Kriterien zu erzwingen, um Einzelinteressen und Steigerung von Profiten durchzusetzen. Unterfinanzierung führt zu Arbeitszeitvergeudung durch andauernden Zwang, Anträge auf finanzielle Förderung zu stellen (Drittmittel), und setzt gleichzeitig auf Anpassung an von



Svenja:

„Wissenschaft kann die Welt verbessern!“

außen auferlegte Maßstäbe. Anstatt kritischer Einmischung in gesellschaftliche Auseinandersetzungen und gemeinsamer Verständigung steht somit der Wettbewerb zwischen den Universitätsmitgliedern. Konkurrenz ist jedoch grundsätzlich wissenschaftsfeindlich, weil sie z.B. zu Geheimhaltung und sogar Manipulation von Ergebnissen führt. Sie begrenzt die Möglichkeiten progressiver gesellschaftlicher Entwicklung, denn kooperative Forschung, in der man voneinander und miteinander lernen und Ergebnisse entwickeln kann, führt immer zu deutlich besseren und schnelleren Ergebnissen. Konkurrenzhafte Verhältnisse sollen die Frage nach der Nützlichkeit für die Menschheit in den Hintergrund drängen, denn die eigentliche Frage: „Ist mein Ansatz eine sinnvolle Lösungsmöglichkeit für das Problem und wie kann er zur Entwicklung einer menschenwürdigen Welt beitragen?“ wird von Fragen nach Auswirkungen auf Drittmitteleinwerbung und Publikationsindex überschattet. Die Bewerbung der Universität Hamburg für staatliche Drittmittel unter dem Label der Exzellenzstrategie ist ein aktuelles Instrument für diese Verschärfung der konkurrenzhaften Verhältnisse, welches Unterfinanzierung verschleiern soll.



Lene:
Lasst uns
unser Lernen
gemeinsam
gestalten!

Die Einschränkung (kritischer) Wissenschaft ist nicht hinnehmbar. Kritik an ungerechten Verhältnissen und Suche nach Alternativen muss im Gegenteil primäre Aufgabe von Wissenschaft werden. Es liegt an uns, Universität (wieder) zu einem Ort kritischer Wissenschaft zu machen, damit wir gemeinsam für die Umsetzung der SDGs streiten und unsere gesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen können. In den verschiedenen Gremien der Universität setzen wir mit Hilfe der Studienreform Studienbedingungen durch, die eine Auseinandersetzung mit gesellschaftlich relevanten Themen ermöglichen. Auch unterstützen wir den Einsatz für die Ausweitung der Zivilklausel auf alle Fakultäten, sodass Forschung ausschließlich für zivile Zwecke realisiert wird.

Studienreform



Die Möglichkeiten der Uni als Ort von Bildung im Sinne bedeutsamer, kritischer Wissenschaft hängt insbesondere von den Studienbedingungen ab. Die vielfach geäußerte Forderung, Universitäten wie Schulen sollten sich in den Dienst von Vermarktungslogik stellen, ist eine versuchte Einschränkung der solidarischen Welterschließung und des eingreifenden Studiums. Das gilt insbesondere für die in diesem Sinne durchgeführten, reaktionären „Bologna-Reformen“ seit 1999, die zum zweistufigen Bachelor-Master-System geführt haben. Gute Studienbedingungen sind keine Selbstverständlichkeit, sondern müssen weiterhin erkämpft werden – und zwar durch uns!

Prüfungen sind schon als Prinzip fragwürdig: Weder entsprechen sie wissenschaftlichem Arbeiten, noch können wir unter Druck besser lernen. Es bedarf daher der Abkehr von der irrational hohen Prüfungslast, wie sie in den derzeitigen Studienordnungen verankert ist – nicht aus Unlust am Lernen, sondern aus Vernunft. Denn der Fokus muss weg von den „Leistungsbescheinigungen“ und hin zum gemeinsamen Erschließen und Bearbeiten gesellschaftlicher Problemstellungen.

Auch Restriktionen wie Zwangsexmatrikulationen als Folge von nichtbe-

standenen Prüfungen sind nicht mit einem Verständnis von Bildung vereinbar, sondern Folge bewusster Verknappung der Studienplätze durch Unterfinanzierung. Dagegen gilt es, das Menschenrecht auf Bildung durchzusetzen.

Die momentane Handhabung, sich nach dem Bachelorabschluss erneut unter Konkurrenzdruck um Masterplätze bewerben zu müssen, ist ebenfalls sinnlos und spiegelt lediglich den durch die OECD propagierten Versuch, Universitäten bei gleichzeitiger Kosteneinsparung vermeintlich effizienter zu machen und das widerständige Potential kritischer Bildung zu reduzieren.

Weil Prüfungsstress krank macht, Zwangsexmatrikulationen soziale Ungerechtigkeit verschärfen, und weil bessere Rahmenbedingungen für Bildung für alle notwendig sind, setzen wir uns für eine Rahmenprüfungsordnung (RPO) ein, die Prüfungsdichte und Restriktionen aufhebt – uniweit.

Außerdem müssen Möglichkeiten zum fachübergreifenden Studium in einer RPO festgeschrieben und der Übergang vom Bachelor in den Master garantiert werden – für den Vorrang von Bildung gegenüber „Wettbewerbsfähigkeit“.

Demokratische Strukturen an der Uni Hamburg!

Die Universität Hamburg ist eine demokratische, gesellschaftliche Institution, die pluralistisch organisiert ist und an deren Ausgestaltung alle Mitglieder teilhaben.

Entstanden ist dieses Prinzip als antifaschistische Konsequenz aus dem Nationalsozialismus: Eine demokratisch lernende und engagierte Studierendenschaft sollte ermöglicht werden. Die Studierendenbewegung um '68 forderte dies erneut ein – und konnte gegen die Interessen elitärer Professor*innen und reaktionärer Politiker*innen große Fortschritte der Demokratisierung und studentischen Mitbestimmung an Universitäten erringen. Deshalb gibt es heute die Verfasste Studierendenschaft (VS) und wir Student*innen sind an der Akademischen Selbstverwaltung (ASV) beteiligt.

Die VS ist am ehesten als eine Gewerkschaft der Studierenden zu verstehen: Nach innen organisiert, demokratisiert und unterstützt sie Studierende, nach außen vertritt sie deren politisch-gesellschaftliche Interessen. Auf Fachebene gibt es dafür die Fachschaftsräte (FSRe), uniweit das Studierendenparlament (StuPa) und dessen Ausschüsse, insbesondere den ausführenden Ausschuss (AStA). Zum AStA gehören außerdem die teilauto-

nomen Referate, die als Interessensvertretung gesellschaftlich benachteiligter Gruppen gewählt werden.

Die ASV bestimmt die inhaltliche Ausrichtung der Uni und deren Gestaltung, so verabschiedet sie beispielsweise Prüfungsordnungen. Auf Gesamtuniebene ist der Akademische Senat (AS) zentrales Gestaltungsorgan der Universität. Auf den Fachebenen gibt es die Fachereichs- und Fakultätsräte (FBRe und FakRäte).

Dass in Gremien immer noch eine Professor*innenmehrheit besteht, ist auch Ausdruck dessen, dass die Hochschulen im Zuge des Neoliberalismus an Profitinteressen und scheinbarer „Effizienz“ ausgerichtet wurden. Eine Begründung der Relevanz studentischer Mitbestimmung findest du in einem unserer letzten StuPa-Anträge unter campusgruen.org/Suedsoli.

Denn wir als CampusGrün vertreten das Verständnis von Lernen und Forschen in gesellschaftlicher Verantwortung, das wir in der Tradition der '68er-Bewegung erstreiten. Wir treten zu den Wahlen zum AS und zum StuPa an und freuen uns über deine Stimme – noch mehr freuen wir uns natürlich, wenn du mal bei uns vorbeischaust!

Demokratischer Ökosozialismus



Extreme Witterungsbedingungen und die Häufung zerstörerischer Wetterphänomene wie Wirbelstürme und Überflutungen sind Ausdruck des Klimawandels. Insbesondere der Extremsummer in der nördlichen Hemisphäre 2018 führte zu einer breiten gesellschaftlichen Debatte: Eine lange Dürre, gefolgt von schweren Unwettern, führte zur teilweisen Lahmlegung der öffentlichen Infrastruktur und zu Todesfällen. Jedoch gilt es, diese Debatte nicht oberflächlich zu führen, sondern den Klimawandel als Folge der globalen Ausbeutung der natürlichen Grundlagen durch Menschen zu verstehen und auf Basis dieser Analyse Handlungsalternativen zu eröffnen.

Seit der Industrialisierung hat die weltweite Naturzerstörung ein gigantisches Ausmaß angenommen. Unter den kapitalistischen Produktionsverhältnissen, deren inhärente Logik die Profitmaximierung ist, wird die Natur zur Schaffung neuer Werte zur Sache erklärt: Ihre scheinbare Durchdringung („Rationalisierung“) durch eine exponentiell fortschreitende Technologisierung resultiert in ihrer Zerstörung. Ohne dass eine demokratische Klärung der Frage stattgefunden hat, wie Menschen ihre Beziehung zur Natur rational regeln können, treten globale Konzerne als Herrscher über die Natur auf. Die ökologische Krise ist Ausdruck dessen, dass Gewinne

im Kapitalismus nur durch Ausbeutung erzeugt werden. Neben der Naturausbeutung ist die Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft Grundlage der Profitmaximierung: Der durch viele Menschen erwirtschaftete, immer größere gesellschaftliche Reichtum konzentriert sich auf immer kleinere Teile der Bevölkerung. So ist die Naturzerstörung untrennbar verbunden mit immer größerer sozialer Ungleichheit und entfernt sich von einer nachhaltigen Perspektive generationenübergreifender Gerechtigkeit. Die Folgen sind dabei nicht gleichverteilt. Die Klimakrise trifft die Lohnarbeiter*innen doppelt: Erstens durch die Konzentration der Auswirkungen auf den globalen Süden, der sich wegen geringer technischer Möglichkeiten nicht wie Industriestaaten schützen kann. Zweitens in den Industrienationen, wo sich in betroffenen Regionen nur die Reichen effektiv vor Umweltkatastrophen wie Hurricanes schützen können.

Für die Umverteilung von Reichtum und Überwindung von Lohnarbeit weltweit und gleichzeitig für die Erarbeitung eines rationalen Mensch-Naturverhältnisses organisierten sich in den 70er Jahren grüne Bewegungen in Westdeutschland u.a. in Auseinandersetzungen gegen die Atomkraft für den Ökosozialismus. Denn eine an nachhaltigen Maßstäben orientierte Gestaltung der Welt ist möglich.

Anti-Austerity

Einige sind sicher in Diskussionen um die „Sparpolitik“ der EU und ihrer „Troika“ und deren Auswirkungen in Griechenland oder Spanien mit dem Begriff der „Austerität“ in Kontakt gekommen. Doch die alltäglichen Auswirkungen der europäischen Austeritätspolitik kennen alle bereits: Lehrer*innen-Mangel in der Schule, mal wieder teurere Bustickets, keine vernünftige Sozialpolitik. Diese Probleme werden politisch hergestellt und entstammen derselben Politik, die uns seit Jahren als Lösung der ökonomischen Krisen verkauft wird. Die europäischen Staaten, Länder und Kommunen zwingen sich zum „Sparen“. Die Haushalte müssen ausgeglichen geführt werden, wodurch keine Kredite mehr aufgenommen werden können und Investitionen in die öffentliche Infrastruktur ausbleiben. Hieraus resultieren auch für die UHH ganz erhebliche Einschränkungen. Viele Gebäude wie der Philoturm wurden auf Grund der ständig knappen Mittel nicht saniert und müssen jetzt gleich für mehrere Jahre kernerneuert werden, die Mensa-Preise steigen jährlich an, es gibt immer weniger bezahlbaren Wohnraum und kritische Wissenschaft wird nicht finanziert.

Wir meinen dagegen, dass eine fortschrittliche Politik anders aussieht. Nicht staatliche Investitionen verursa-

chen Krisen, sondern die freie Marktwirtschaft. Alle progressiven Ansprüche werden mit dem Argument der vermeintlichen Alternativlosigkeit des Sparprogramms abgelehnt. Die Entwicklung menschlicher Verhältnisse wird eingeschränkt, um die Profitinteressen Einzelner nicht zu gefährden. Wie die Schulden- und Vermögensuhr, die vor dem Hauptgebäude (ESA1) steht, allerdings zeigt, ist der gesellschaftliche Reichtum enorm. Eine bessere Welt ist nötig und möglich. Wir wollen gute Bildung, guten Wohnraum und gutes günstiges Essen für alle und fordern daher eine neue (sozial)staatliche Investitionsoffensive. Dafür haben wir uns mit anderen linken Hochschulgruppen und stadtweiten Akteur*innen im Bündnis „International solidarisch: Schluss mit Austerität“ zusammengetan, um gemeinsam Alternativen zur Austerität zu erarbeiten und in Hamburg, Deutschland und international durchzusetzen. In diesem Rahmen veranstalten wir zweiwöchig ein Filmseminar, in dem wir uns mit der globalen Dimension von Sparzwang und den Kämpfen dagegen beschäftigen. Zusätzlich gibt es regelmäßig Aktiventreffen, auf denen wir weitere Schritte planen. Alle Infos und Materialien findet ihr unter www.schluss-mit-austeritaet.de. Kommt dazu, lasst uns gemeinsam die Lebensbedingungen aller verbessern!

Glossar



AAI Institut für Asien-Afrika-Wissenschaften

AG BNE Arbeitsgemeinschaft Bildung für nachhaltige Entwicklung

ALSt Ausschuss für Lehre und Studium (auch: LUSSt)

AP Allende-Platz

AP1 Allendeplatz 1 („Pferdestall“)

AP2 Allendeplatz 2 („Bunker“)

AS Akademischer Senat

AStA Allgemeiner Studierenden-Ausschuss

AT Alsterterrasse 1

Audimax Auditorium Maximum, VMP 4

B.A. Bachelor of Arts

B.Sc. Bachelor of Science

BA/MA Bachelor/Master (-System)

BAföG Bundes-Ausbildungsförderungs-Gesetz

BI Binderstraße

BWFG Behörde für Wissenschaft und Forschung und Gleichstellung Hamburg

CG CampusGrün

ClisAP Exzellenzcluster Integrated Climate System Analysis and Prediction

CP Creditpoints (siehe ECTS)

c.t. cum tempore (“mit Zeit”) Veranstaltung beginnt 15min später; „Akademisches Viertel“

ECTS European Credit Transfer System (Leistungspunkte nach Europäischem Standard)

CommSy Internetkommunikationsplattform eines Fachbereichs oder Fakultät

ErzWiss Erziehungswissenschaft

ESA W/O Edmund-Siemers-Allee 1 Uni Hauptgebäude (West-/Ostflügel)

FakRat/FAR Fakultätsrat

FB Fachbereich

FS Fachsemester

FSB Fachspezifische Bestimmungen

FSR Fachschaftratsrat

FÜS Fachüberschreitendes Studium

GD Geschäftsführende*r Direktor*in

Geom H 1–6 Hörsäle und Übungsräume im Geomatikum, Bundesstraße 55

Hiwi Studentische Hilfskraft

HmbHG Hamburgisches Hochschulgesetz

HRG Hochschulrahmengesetz

HUL Hamburger Zentrum für Universitäres Lehren und lernen.

HWWI Hamburger Weltwirtschaftsinstitut (ehemals HWWA Hamburger Weltwirtschaftsarchiv)

HoPo Hochschulpolitik

Hörs A B C D Hörsäle in den Chemischen Instituten, Martin-Luther-King-Platz 6

IAA Institut für Anglistik und Amerikanistik

IPhASI Institut für Phonetik, Allgemeine Sprachwissenschaft und Indogermanistik

- JCP** Joseph-Carlebach-Platz/AP 2
- Jo** Seminarräume in der Johnsallee 35
- KC** Kerncurriculum
- KLV** Kernlehrveranstaltung
- KNU** Kompetenzzentrum Nachhaltige Universität
- KVV** Kommentiertes Vorlesungsverzeichnis
- LB** Lernbereich
- LAST** Lateinamerikastudien
- LP** Leistungspunkte (nach ECTS)
- M.A.** Master of Arts
- M.Ed.** Master of Education
- M.Sc.** Master of Science
- MIN** (Fakultät) Mathematik, Informatik und Naturwissenschaften
- MLKP** Martin-Luther-King-Platz
- MMS** MultiMediaStudio
- Mol** Mollerstraße 10
- MPI** Max-Planck-Institut
- n.V.** nach Vereinbarung
- OE** Orientierungseinheit
- PD** Privatdozent
- Phil** Philosophenturm, VMP 6
- PO** Prüfungsordnung
- Re** Rentzelstraße
- Rhs** Rechtshaus
- RPO** Rahmenprüfungsordnung
- RRZ** Regionales Rechenzentrum der Uni, Schlüterstraße 70
- Sed** Sedanstraße
- SFB** Sonderforschungsbereich
- SLM I/II** Fachbereiche Sprache, Literatur, Medien I/II
- SoSe** Sommersemester
- SoPäd** Sonderschulpädagogik
- SozÖk** Sozialökonomie
- s.t.** sine tempore (pünktlich)
- Stabi/SUB** Staats- und Universitätsbibliothek Carl von Ossietzky
- STiNE** StudienInformationsNetz
- StuPa** Studierendenparlament
- SWS** Semesterwochenstunde(n)
- TVP** Technisches und Verwaltungspersonal
- UKE** Universitätsklinikum Eppendorf
- Ü35** Überseering 35, Phil(o)turm Exil
- VL** Vorlesung
- VMP** Von-Melle-Park
- VV** Vorlesungsverzeichnis oder Vollversammlung
- WiKuChi** Wirtschaft und Kultur Chinas
- WiMi** Wissenschaftliche*r Mitarbeiter*in
- WiSe/WS** Wintersemester
- WiWi-Bunker** VMP 5
- HWP** Von-Melle-Park 9 (Sozialökonomie)
- ZMAW** Zentrum für Marine und Atmosphärische Wissenschaften
- ZNF** Zentrum für Naturwissenschaft und Friedensforschung
- ZOESS** Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien

Inhalt

Moin, Moin!	3
CampusGrün stellt sich vor	5
Studiwerk	7
Kritische Wissenschaft	11
Studienreform	13
Demokratische Strukturen an der Uni Hamburg	14
Demokratischer Ökosozialismus	15
Anti-Austerity!	16
Glossar	17
Termine	19
Impressum	19

Gemeinsam Perspektiven Schaffen:



CampusGrün!

Ihr möchtet euch einbringen? Prima!

Kommt einfach zu einem der folgenden Termine:

- 1. - 5. Oktober 2018: Kritische Orientierungseinheit
- 5./8. - 12. Oktober 2018: OEs in den Fachbereichen
- ab 8. Oktober jeden Montag: CampusGrün-Sitzung
- ab 10. Oktober jeden 2. Mittwoch: Anti-Austerity-Treffen
- ab 17. Oktober jeden 2. Mittwoch: Anti-Austerity-Kino
- 18. Oktober 2018: Sitzung des Studierendenparlaments
- 7. November 2018: Dies Academicus
- 9. November 2018: Gedenken an Reichspogromnacht

Infos zu Räumen und Uhrzeiten findet ihr hier:

Anti-Austerity-Treffen und -Kino: schluss-mit-austeritaet.de

StuPa-Sitzung: www.stupa.uni-hamburg.de

Du möchtest unsere Sitzung besuchen
oder weitere Infos zu CG bekommen?

Schreib uns an kontakt@campusgruen.org
oder besuche unsere Website
www.campusgruen.org

Folge uns auf



CampusGruenHH



campusgruen_hh

Impressum:


Der CampusGrüne Campusguide
wird herausgegeben von:

CampusGrün Hamburg
c/o Fachschaft Informatik
Vogt-Kölln-Str. 30
D-22527 Hamburg


www.campusgruen.org
kontakt@campusgruen.org


V.i.S.d.P.: Lene Greve

Wir danken allen Autor*innen!



www.campusgruen.org

 /CampusGruenHH

 @campusgruen_hh

Der CampusGrüne Campusguide



Wintersemester 2018/19